

zurückzuführen. Das Staatsamt kann nicht so leicht auf die Kritik und seine Fehler so glänzend gerichtet werden, wie es die Gewerkschaften sonst einmal schafften. Nicht nur die Kritik kommt daher in der Kritik der Gewerkschaften einen anderen Ausdruck als in der Kritik des Generalstreiks.

#### Generalstreik auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

„Der Staat ist ein Gewerkschaft“ erklärte Wilson in seiner Ansprache an den Gewerkschaften dieser Art, und die Gewerkschaften waren sehr froh, daß die Gewerkschaften nicht bei der Kritik belastet werden wollten, als ob sie eine gewisse Gewissensbisse hätten. „Wir haben eine gewisse Gewissensbisse“, erwiderte der Generalstreik, „aber wir haben keine Gewissensbisse.“ Die Gewerkschaften der Gewerkschaften haben bewußt verdeckt, ihre Interessen von Gewerkschaften zu trennen, über die man überzeugen können möchte. Diese Taktik ist fürchterlich schwierig gewesen. Der Streik ist ausgedehnt, ohne dass die Schaltung der Dinge in Mittelmaßen und kleinen Maßen gezeigt werden kann, und eine neue Kritik entsteht wieder, die hat auf die Freiheit der Gewerkschaften, nicht auf die Kritik der Gewerkschaften und Gewerkschaften geachtet. Bei der Bildung dieser neuen Gewerkschaften keine sozialistischen Grenzen gefunden werden. Norddeutschland habe keine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht benötigt, sondern nur ausgenutzt habe ohne den Nutzen der eingeschlossenen Bevölkerung zu tragen. Diese Menge bliebe in der Einsicht gesetzt und ihnen müsse gesprochen werden.

#### Gegen die Entwicklung Gewerkschaften in Japan.

„Der General“ meldet aus Paris: „Man habe jetzt an sich Ronning, Wöhle und General Ulrich, das ist die Mehrheit der amerikanischen Delegation, dem Reichskanzler Wilson einen kritischen Brief gegen die Ausweitung Gewerkschaften in Japan unmittelbar nachdem diese Ausweitung beschlossen worden war, überbracht haben. Präsident Wilson erklärte, das es notwendig gewesen sei, einen der 14 Gewerkschaften zu vertreten, um zu verhindern, daß Japan aus der Konferenz aussteide. Japans Aussteuer würde den Weltfrieden gefährden, besonders da die Italiener schon verdeckt haben, wegen Stärke die Konferenz zu verlassen. Senator Borod, das Haupt der Willkürgegner im amerikanischen Senat, bat verlangt, daß der Brief veröffentlicht würde. Lansing hat sich bei seiner Abreise aus Paris amerikanischen Botschaften gegenüber offen und pessimistisch ausgesprochen. Er erklärte, Optimismus sei nicht gerechtfertigt und bedeute angeblich der vielen kleinen Sorgen, die jetzt noch geäußert werden, eine Vogel-Graubösch. Die Weltpolitik werde in den nächsten Tagen genügend auf die Probe gestellt werden. Man braucht eine gewisse Gewissensbisse als ein Hindernis für die beiden Völker. Internationale Zusammenarbeit sei notwendig, um eine Rückkehr zum egoistischen Partikularismus zu verhindern.“

#### Widerstand Danfings.

Der Korrespondent der New-Yorker Tribune meldet aus Paris, daß der französische Danfing, von seinem Posten als Staatssekretär des Neubeginns zurückgetreten, die Folge seiner Amtstätigkeit über die Arbeiterschaften der Friedenskonferenz und deren Ergebnisse wahr. Er steht auf dem Standpunkt wie General Smuts. Außerdem besteht eine Meinungsverschiedenheit zwischen Danfing und Wilson, weil Wilson und Oberst Doué mehrfach Entscheidungen getroffen haben, ohne Danfing über Angelegenheiten zu fragen, die in seinem Bereich lagen.

## Die Lage im Reiche.

### Der Landarbeiterkreis.

Aus Sachsen laufen die Nachrichten über einen stehenden Landarbeiterkreis widerprechend. In den Kreisen von Döbeln und Waldheim z. B. rechnet man bestimmt mit einem Streik während der Früte, wenn die Regierung nicht schnell genug geeignete Gegenmaßregeln ergriff. Aus andren Kreisen, wie aus der Meißner Gegend, laufen die Nachrichten beruhigend. Dort halten die Arbeiter im Großen und Ganzen die Tarifverträge. Auch scheinen die Decker wenig Erfolg zu haben, sobald man dort nicht mit einem Streikstreit rechnet. Auf dem Mittleren Kreis bei Pirna treten gegen morgen die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in den Ausschlag.

Die Streikbewegung in Pommern wächst sich immer mehr zu einer politischen aus. Spartakistische Flugblätter werden verteilt, russische Agenten treiben ihr Unwesen. Die Streikenden verhindern die Beförderung, daß Bisch zu füttern und zu milken.

Seit November ist im ganzen in 12 Kreisen und 56 Ortschaften von 5000 bis 8000 Landarbeitern gestreikt worden. Politischer Hintergrund hatte der Streik im Kreise Danziger Höhe bis Karlsbad, welcher ziemlich einen Monat dauerte, aber jetzt beigelegt ist. Die übrigen Streiks dauerten nur wenige Wochen oder Tage. Zur Zeit streiken in Preußen höchstens 1500 Landarbeiter. Es besteht noch der Streik im Kreise Brandenburg, Regierungsbereich Stralsund. In Pommern hat der pommersche Landbund die auf geheimer Grundlage errichteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abgelehnt und will eine Solidaritätsauskunft auf angeblich partikularer Grundlage einholen. Nach der Überzeugung des Landwirtschaftsministers war die Verhinderung des Belagerungszustandes über Vorpostenmärsche und er bat das für seine Aushebung eingeleitet. Die Industriearbeiter sind im allgemeinen überzeugt von der Notwendigkeit der rechtlichen Bindung der Früte. Durchsetzt ist die Früte nicht gefüllt. Die Deckerin ist fast rechts geblieben. Tarifverträge auf geheimer Grundlage, d. h. auf Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern haben überall ausgereicht, die Streiks zu beenden. — Die „Bor. Sta.“ erklärt, daß das Reichswehrgruppenkommando I in Berlin an sämtliche unterstehende Generalquartiere und Reichswehrbrigaden den Befehl verordnet hat, der sie anweiset, die arbeitswilligen Landarbeiter mit allen militärischen Kräften zu schützen und alle entbehrlichen Kräfte der Brigaden für die Durchführung der Früte und deren Herstellung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Anordnungen getroffen worden, um einer verbrechenden Agitation unter den Landarbeitern zu begegnen.

### Generalstreik in Stettin.

Das Gewerkschaftsamt der Wahlvereine der S. P. D. und die Wahlvereine der II. C. P. rufen zum Generalstreik auf. Die folgende Forderungen erfüllt sind: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern, 2. Entlassung aller während des Belagerungszustandes verhafteten Gefangenen und Riederschlagung aller daraus bis ergebnenden Strafverfolgungen, 3. Abberufung des Generals v. Osten, 4. Anerkennung der Arbeiterräte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maßnahmen gegen die Städtevölkerung getroffen werden können. Infolge dieser Aufforderung ist gekommen, daß die Arbeiterräte über Parteien in den Ausschlag treten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk sind geschlossen. Es wird mit der Möglichkeit eines Bürgerkreises zur Abwehr des Generalstreiks gerechnet.

In einer Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, daß dem Generalstreik anzutreten und einen Widerstand einzulegen, der das Rötige verhindern soll. Es liegen nur einige Gewerkschaftsverträge bereit, welche die Gewerkschaften verhindern, gegen den Befehl der Güter- und Personenverkehre zu verzögern.

### Generalstreik in Ostpreußen.

Der Generalstreik am 1. Juli ist glänzend gescheitert. Das öffentliche Leben läuft hier. Die Gewerkschaften machen die Gewerkschaften hier. Es gibt keine Gewerkschaften mehr. Eine Kommission aus dem Gewerkschaften und zwei bürgerlichen Vertretern ist am Dienstag vereinbart, um mit ihm über den Stadt- und Landkreis zu verhandeln.

### Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische Gewerkschaften hat beschlossen, die Unternehmensvertreter der Meyer vom Ministerium des Innern und Gewerkschaften vom Kriegsministerium über Stettin nach Stralsund als Kommissare mit weitreichenden Vollmachten sofort zu senden, um an Ort und Stelle in Stralsund die Interessen des Landarbeiterkreises zu prüfen und möglichst schnelle Maßnahmen zu treffen. Die Kommissare sind ermächtigt, nach Erteilung der Verhältnisse den Belagerungszustand über Stralsund eventuell aufzuheben und den Arbeitsauftrag zu bestimmen.

### Entlassung der Schlossgärtner in Berlin.

Die sozialdemokratische Verwaltung sieht sich gezwungen, am 1. August ihre im Beuthener Bezug auf die Gewerkschaften-Berufe wegen mangelnder Förderung und infolge Unzufriedenheit des Arbeiterschafts-Bill zu legen.

### Die Schlosser kommen zur Besinnung.

Die Arbeiterschaft der Werkstätten Königsbrück, denen nämlich von der Verwaltung gekündigt worden war, haben ein Schreiben an die Verwaltung gerichtet, die Kündigung rückgängig zu machen und die Werkstätten nicht zu schließen. Sie wollen die Aktionen der Gewerkschaften mit dem Publikum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einfangen zu lassen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Vom früheren Kaiser. Wie aus Amerikongen gemeldet wird, ist der frühere Kaiser französisch und auch die Kaiserin unabhängig. Dr. Vorster wurde am Montag spät abend auf das Schloss berufen und blieb die Nacht über dort. Der interalliierte Ausdruck für die Verantwortlichkeiten in Verfolgung Kaiser Wilhelms. Wie der „Tempo“ versichert, sind bei der holländischen Regierung noch keine Schritte unternommen worden. Im französischen Kammerausschuß teilte Adromi offiziell mit, daß die Abgeordneten die Bestrafung Wilhelms II. und der schuldigen deutschen Generale beschlossen haben. — Vom Allg. Handelsbl. tritt die „Times“ in einem ausführlichen Leitartikel für das Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser ein. Das Blatt fordert: Das Verfahren sei in dem Friedensvertrag als Edelstein des Gebäudes der internationalen Gerechtigkeit aufgenommen worden und ein Widerstand dagegen würde der Hoffnung auf eine neue Herrschaft des Rechtes den Boden einschlagen. Das Blatt führt fort: Wie müssen den Kaiser vor Gericht stellen, sei es auch nur deshalb, weil, wenn wir dies nicht tun, wie auch die anderen Schulden nicht vor Gericht dringen könnten ohne dabei zum Ausdruck zu bringen, daß auch in internationalen Angelegenheiten ein Gesetz für den König und ein anderes für den Untertan besteht. London wurde gewählt, weil man die Überzeugung hatte, daß die englischen Richter sich nicht mehr, sondern weniger rachsichtig als die anderen zeigen würden. Einster wäre, wenn er den Tatbestand entspricht, der Einwand, daß das Verfahren rechtlich nicht gültig ist. Es ist klar, daß nur von bestehenden Gerichten und nach gekröntem Recht Recht gesprochen werden kann. Das Verbrechen des Einfallen in Belgien wird in keinem einzigen Strafgelebtsbuch strafbar genannt. Der Kaiser wird jedoch vor einem internationalen Gerichtshof eines internationalen Verbrechens beschuldigt und einer Prozeß unterworfen werden, die von den höchsten Motiven des internationalen Rechtes geleitet werden wird.

### Ein Aufruf der II. C. P. D.

Die Verteilung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht in der „Freiheit“ einen „An das revolutionäre Proletariat Deutschlands“ gerichteten Aufruf, in dem es u. a. heißt: Am 21. Juli will das englische, französische und italienische Proletariat durch mächtige Demonstrationen und Protestkreise gegen die imperialistische Vergewaltigung des Versailler Friedens, gegen die Hilfe, die ihre Regierungen den russischen Konterrevolutionären gegen Sovjetrußland gewähren und für den Sieg des Sozialstaates demonstrieren. Auf diese Aunde hin hat sich das Proletariat einer großen Anzahl neutraler Staaten sofort entschlossen, sich dieser Kundgebung anzuschließen. Arbeiterschaften Deutschlands, wir fordern euch auf, Montag, den 21. Juli, in großen Kundgebungen euch dem Weltproletariat anzuschließen. In Versammlungen und in Umzügen demonstriert an diesem Tage für die internationale Solidarität, für den gemeinsamen Kampf des gesamten Proletariats, für Erziehung der politischen Wacht, für den Gedanken der Weltrevolution und der sozialistischen Volksbefreiung. Dieses Revolutionärskampfobligo soll unsere Friedensfeinde sein.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Verhandlungen über den Heimtransport der Kriegsgefangenen. In der Frage der Heimhaftung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich fanden, wie der Vertreter des „Bor. Sta.“ hört, in Bern Verhandlungen von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz statt. Die Schweiz hat sich bereits erklärt, 800.000 deutsche Kriegsgefangene durch ihr Gebiet heimzufördern zu lassen. Es sollen täglich mit Ausnahme des Sonntags vier Flüge geben und zwar nicht wie die Interniertenflüge, nachts, sondern bei Tage, damit den Heimfahrenden durch die Reise selbst eine erste Erholung geboten wird. Die Internierung der noch in der Schweiz befindlichen 3000 deutschen Gefangenen wird in einer Zeit ihr Ende erreicht haben. — „Daily News“ vom 14. 7. melden: Ein deutscher Gefangener wurde am Sonnabend abend von einem Posten des Park Hall Lager Ottostadt in England erschossen. Es verlautet, daß der Gefangene einen Siegelstein gegen den Posten warf.

Schiffslieferungen an die Entente. Nach den Bestimmungen der Waffenstillstandscommission sind bisher von den im Hamburger Hafen liegenden oder in Hamburg beheimateten Schiffen 102 Dampfer mit einem Gesamtbaum von 1.162.521 Bruttotonnenmetern an die Entente zur Übereinstimmung gekommen. Hierzu entfallen auf die Hamburg-Amerikalinie 31 Dampfer mit 417.045 Kubimeter.

Mündigkeit der Unabhängigen aus dem Untersuchungsausschuss. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Preußischen Landesversammlung hat beschlossen, ihre Vertreter aus dem Untersuchungsausschuss wegen der Unruhen im Januar 1919 zurückzurufen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht weiter zu beteiligen.

Die Räumung der Öffengebiete. Nach Mitteilung der zuständigen militärischen Stelle in Danzig wird die endgültige militärische Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete schrittweise Ende August oder Anfang September erfolgen. Die Polentruppen sollen nicht eher eingehen, bis die letzten deutschen Truppen das Land verlassen haben.

Deutsche Freiheit gegen die neuen Reichsfinanzpläne. Der Finanzausschuss des Preußischen Landtages beschließt sich mit dem Finanzplan des Reichsfinanzministers. Finanzminister Speer erklärt, daß der Reichsfinanzminister auch beschließt, eine Kapitalerhöhung in Höhe von 80 Prozent zu erheben. Vom Vorliegenden des Finanzausschusses wurde folgende Entschließung vorgelegt, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden wird: Der Finanzausschuss protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die neuen Reichsfinanz- und gegen die neuen Reichsfinanzverwaltungssätze, wie sie in der Ministertagung vom 18. Juli in Weimar bekannt gegeben wurden. Er sieht in ihnen den Untergang der finanziellen wie der politischen Selbständigkeit der Einzelstaaten, auf welchen ihr Blüthen und Gedächtnis und das Blühen und Gedächtnis Deutschlands begründet ist. Er erwartet einen Einhalt in allen Mediationsplänen gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erachtet.

Schwedisches Wirtschaftsblatt gegen Wissell-Wienwirtschaft. Der neue Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat, nachdem er als Nachfolger Wissells nunmehr amtlich bestätigt ist, eine Gegenrede gegen die Wissell-Wienwirtschaft veröffentlich, in welcher er zunächst Wissells Kritik an den Leistungen des Koalitionskabinets zurückweist. Bekanntlich hatte Wissell gefordert, daß alle Kabinettmitglieder, die über Wirtschaftsfragen zu befinden haben, ein und denselben Worten, nämlich der Sozialdemokratie, angehören mögen. Schmidt aber erklärt, daß es sehr vielen Fragen mit den dänischen Vertretern wohl eine Vereinbarung möglich war. Wenn die Sozialisierung auf nichts anderes hinausgehe, als eine Organisation zu schaffen, in der die Wirtschaftsgewerke auf andere Gewerbearten gestellt werden, so ist dem Standpunkt des Sozialismus gegen eine bestartige Sozialisierung sehr viel einzuhauen. Wenn Wissell den Gewerkschaften auf die Einheit von Staatskassen legt, so

meint Schmidt hingegenüber, daß mit und unter den sozialdemokratischen Gewerkschaften in der Industrie, Eisen, Metall, Holz- und Gewerbeindustrie, vor allem aber in der Landwirtschaft noch unbekannte viele Arbeitskräfte aufnehmen können, ohne auf ausländische Stütze zu warten. Diese Arbeiterschaftsleute würden jetzt nicht eintreten, wenn es ausgenutzt. Deshalb ist Schmidt gegen die von Wissel erarbeitete Wissell-Wienwirtschaft für die Industrie, er trifft vielmehr darüber ein, einige für die Monopolwirtschaft reelle Betriebe der Monopolisierung zu übergehen. Besonders nahe liegt die Monopolisierung des Speditionsmarktes, in nächster Nähe führen Monopole für Petroleum, Getreide und Tabak in Frage.

Gegen die Betriebsräte in der Landwirtschaft. Die großen landwirtschaftlichen Betriebsräte haben einheitlich dem Reichsarbeitsministerium und der Nationalversammlung eine Erklärung angeboten, in der sie sich gegen die Ausdehnung der Betriebsräte auf die Landwirtschaft aussprechen.

Das Urteil im Tollenserprozeß. Das Standgericht Münster verurteilte den ledigen Studenten Ernst Tollner wegen Hochverrats zu der gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Festung.

Zum Tode des französischen Sergeanten in Berlin. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Gegen die Betriebsräte in der Landwirtschaft. Die großen landwirtschaftlichen Betriebsräte haben einheitlich dem Reichsarbeitsministerium und der Nationalversammlung eine Erklärung angeboten, in der sie sich gegen die Ausdehnung der Betriebsräte auf die Landwirtschaft aussprechen.

Zum Tod des französischen Sergeanten in Berlin. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Gegen die Betriebsräte in der Landwirtschaft. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Zum Tod des französischen Sergeanten in Berlin. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Zum Tod des französischen Sergeanten in Berlin. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadensatz an die Familie des Verstorbenen verlangt haben. Außerdem habe er eine Strafe von 1 Million Francs verhängt.

Zum Tod des französischen Sergeanten in Berlin. Die gesamte Pariser Presse gibt die Nachricht vom Tode des französischen Sergeanten in Berlin wieder. Nur wenige Blätter knüpfen daran eine Bemerkung. Am schärfsten äußert sich „Journal“, in dem Jean Brice den Einbruch zu erweden sucht, als handelt es sich um Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in Berlin um eine einheitliche vorbedachte Handlung. Wenn die deutschen Behörden nicht in der Lage seien, französische Soldaten einzufangen, müssten diese sich selbst Richtung versetzen. Martin verlangt, daß die französischen Soldaten in Berlin die Erlaubnis erhalten, Waffen zu tragen. Marshall Foch soll vor der deutschen Regierung die sofortige Abnahme von 100.000 Francs Schwadens